

Zivilgesellschaft nicht ohne ältere Menschen! Bildung für eine resiliente Demokratie

Gesellschaftlicher Zusammenhalt benötigt politische Entscheidungen und verlässliche Finanzierungen. Mit Sorge beobachtet der *Fachbeirat „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“* (DigiBäM)¹ die mit den Haushaltskürzungen einhergehende Erosion ermöglichender Infrastruktur und sieht dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Widerstandskraft der Demokratie gefährdet.

Der Fachbeirat *DigiBäM* fordert von der Bundesregierung,

1. geplante Kürzungen im Bereich ermöglichender Infrastruktur zu überdenken – beispielsweise im Bereich der politischen Bildung, bei den Mehrgenerationenhäusern und den Freiwilligendiensten – und eine Kurskorrektur im Bundeshaushalt vorzunehmen.

2. politische Bildung für alle Generationen im Demokratiefördergesetz zu verankern sowie als elementaren Bestandteil der Demokratiestrategie der Bundesregierung zu begreifen.

3. die Erschließung und Aktivierung der Ressourcen Älterer für die Zivilgesellschaft. Hierzu zählt die klare Verankerung der Aufgaben institutioneller Erwachsenenbildung/Weiterbildung zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements in Bundesprogrammen (wie zum Beispiel „Demokratie leben!“, beim BMFSFJ, „Bildungskommunen“ beim BMBF).

4. die Flexibilisierung von Förderrichtlinien und die Schaffung von Strukturen zur Stärkung der Kompetenzentwicklung älterer Menschen. Das umfasst sowohl Formen selbstorganisierter Bildung vor Ort (für ältere Menschen und den Zusammenhalt

insbesondere unterschiedlicher Kulturen sowie der Generationen) als auch institutionell gestützte Formate in Weiterbildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migranten(selbst)organisationen und weiteren Interessenvertretungen älterer Menschen.

5. Forschung und Entwicklung im Bereich Bildung älterer Menschen (Geragogik, Mediengeragogik) anzuregen und zu fördern.

Die Zivilgesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wird durch stete Wandlungsprozesse – etwa durch Globalisierung, anhaltende Migration, durch die Digitalisierung und Datafizierung sowie durch die Alterung der Gesellschaft – immer komplexer. Dies fordert von allen Menschen erhebliche Aneignungs- und Anpassungsleistungen, aber auch kritischen Sachverstand, um sich Neues zum Wohl der Allgemeinheit, diverser Gruppierungen und jeder/jedes Einzelnen zu eigen zu machen.

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen für ein gelingendes Leben im Alter² braucht politischen Rückhalt. Gezielte Bildungs- und Lernangebote sind erforderlicher denn je und es gilt, durch Bürokratieabbau und eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts Engagementbarrieren zu reduzieren, sollen nicht Teile der Gesellschaft ausgeschlossen werden oder außen vor bleiben. Der Fachbeirat DigiBäM setzt sich vor allem für die Ermöglichung von Bildung für Menschen in der zweiten Lebenshälfte ein, die speziell den oben genannten Zwecken dient. Der Rhetorik zur Notwendigkeit „Lebenslangen Lernens“ müssen nun dringend Taten folgen – im Sinne der Klärung von Zuständigkeiten und der Bereitstel-

¹ Der Fachbeirat wurde erstmalig 2018 auf Empfehlung des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiierten Runden Tisches „Aktives Altern“ (2015-2017) vom BMFSFJ einberufen, 2022 wurde er für die 20. Legislaturperiode erneut einberufen. Nähere Informationen finden sich auf der

Website des Fachbeirats unter: <https://www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de/> (zuletzt geprüft am 06.10.2023).

² Im Sinne selbstbestimmter Teilhabe liegt der Maßstab des Gelingens aus Sicht des Fachbeirats freilich beim (älteren) Individuum selbst.

lung von finanziellen Mitteln für Bildung auch im Kontext von und für Engagement im Sinne gemeinwohlorientierten Handelns – gerade im Alter.

Eine Bildungsoffensive für die zweite Lebenshälfte nutzt der Zivilgesellschaft. Bildung wird allzu oft mit Blick auf Erwerbsfähigkeit auf schulische Bildung verkürzt und auf Wissen und Verstehen hin fokussiert³. Dabei geht es bei Bildung um weit mehr: Über das Verstehen (auch von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen) hinaus gilt es, das Wissen in Handlungszusammenhänge einzubringen: Lernen und Handeln sind zwei Seiten einer Medaille. Beide sind miteinander verschränkt; gelernt wird fürs Leben. Was in Haushalten und Zirkeln Älterer gedacht und diskutiert wird, welche Wertvorstellungen verfolgt werden, spiegelt sich im Zusammenleben der Generationen wider und bestimmt den Grad des Zusammenhaltes, den unsere Gesellschaft zur Weiterentwicklung braucht.

Politische Bildung ist notwendig, um ältere Menschen in der Wahrnehmung sowohl ihrer demokratischen Rechte als auch von Möglichkeiten zu stärken, sich einzubringen und für das Gemeinwohl zu engagieren.

Ohne das Engagement zahlreicher Älterer lägen viele Tätigkeitsfelder brach, die rasches Eingreifen in sich wandelnden Lebenslagen ermöglichen. Zu nennen ist hier beispielsweise ihr Einsatz in der Flüchtlingshilfe, in der Bildung für Kinder und Jugendliche. Viele Ältere profitieren bei zunehmendem Unterstützungsbedarf von Begleitungsangeboten (Senior*innen-, Pflege-, Technikbegleitung).

Engagement ist ein wichtiges Lernfeld für Bildung im Alter. Dies muss sich in der Bildungsprogrammatisierung und der Gestaltung und Gewährleistung von förderlichen politischen Rahmenbedingungen, in der Schaffung und Weiterentwicklung ermöglichender Infrastruktur niederschlagen.

Engagement braucht gute Bedingungen. Das sind (zunehmend) fachliche Kompetenzen, aber auch die Möglichkeit, sich (selbst-)reflexiv mit der Tätigkeit auseinanderzusetzen, und zwar sowohl auf der Ebene individueller Kompetenzentwicklung als auch auf der Ebene lokal und regional vergemeinschaftender Lernprozesse. Zu den genuinen Aufgaben der öffentlich geförderten institutionalisierten Erwachsenenbildung/Weiterbildung gehört es, entsprechende Lernangebote bereitzustellen.

Weiterbildungseinrichtungen sehen sich an dieser Stelle nicht selten neuen Anforderungen gegenüber: Die Bildungsbedürfnisse freiwillig engagierter Personen müssen dezidiert aufgegriffen, die Lernarrangements des institutionalisierten Lernens mit der Lernkultur zivilgesellschaftlichen Engagements zur Passung gebracht sowie die spezifischen sozialen regionalen und lokalen Rahmenbedingungen in besonderer Weise einbezogen werden.

Eine heterogene Gesellschaft erfordert, den Zusammenhalt zu stärken und demokratische Werte zu vermitteln. Dabei geht es um die Vielfalt der Meinungen, der Lebenserfahrungen und Bedürfnisse, um unterschiedliche kulturelle Prägungen, um diverse soziale, ethische beziehungsweise religiöse Identitäten sowie um mannigfaltige geschlechtliche und sexuelle Orientierungen. Zu berücksichtigen sind unterschiedliche soziale Schichten, Milieus und Lebenslagen. Diese Vielfalt muss in der Bildungs- und Digitalisierungspolitik berücksichtigt werden. So braucht es kultursensible und barrierefreie Angebote, die ältere Menschen in allen Lebenslagen (etwa ältere Menschen mit Migrationsbiografien, einsame Ältere, Menschen mit eingeschränkter Mobilität/mit Behinderungen, mit chronischen Erkrankungen und/oder mit Vorbehalten gegenüber herkömmlichen Formaten der Erwachsenenbildung) ansprechen und erreichen, damit alle gleichermaßen von Bildungs- und Digitalisierungsinitiativen profitieren können.

³ Tatsächlich richtet sich der Fokus der Politik für Lebenslanges Lernen überwiegend auf die Phase von der Kindheit bis zum Eintritt ins Rentenalter. Weder die „Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS)“ noch der „Nationale Bildungsbericht“ haben Bildungsmöglichkeiten mit älteren und für ältere Menschen im Blick. Vgl. das

Positionspapier „Zukunftsthema Bildung im Alter“ des Fachbeirats: https://www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de/fileadmin/assets/institut/DigiBaeM_Positionspapier_Bildung_im_Alter_barrierefrei.pdf (zuletzt geprüft am 06.10.2023).

Alltagsnahe, selbstorganisierte Lernorte im bürgerschaftlichen Engagement bieten älteren Menschen die Möglichkeit, ihr Wissen über Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe handlungsbezogen zu erweitern. Informelle Lernkontexte wie interkulturelle Begegnungsstätten und Nachbarschaftsinitiativen ermöglichen zudem einen niedrighschweligen Zugang zu politischer Bildung und fördern den Dialog über demokratische Werte.

Engagement- und Demokratieförderung sind eng miteinander verknüpft und stellen Eckpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer gerechten „Gesellschaft für Alle“ dar. Interessenvertretungen älterer Menschen in besonderen Lebenslagen – etwa Migranten(selbst)organisationen – schaffen Räume für den Austausch zu demokratischen Werten, bilden Schnittstellen im sektorenübergreifenden gesellschaftlichen Diskurs und eröffnen Zugänge zu Engagementmöglichkeiten.

Die fortschreitende Digitalisierung und Datafizierung der Gesellschaft und des Gemeinwesens bergen sowohl Risiken als auch Chancen für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Beide Seiten setzen ein umfassendes Verständnis der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge der Digitalisierung und Datafizierung ebenso wie der Möglichkeiten des selbstbestimmten Umgangs mit digitalen Medien und Daten voraus. Medienbildung ist politische Bildung und umgekehrt ist politische Bildung ohne Medienbildung zunehmend undenkbar.

Ältere sind keine Randgruppe! Auch politische Bildung richtet ihr Augenmerk maßgeblich auf Jugendliche und junge Erwachsene und insbesondere auf die Rolle der schulischen Bildung (vgl. Anm. 3). In ihrer Arbeit stehen die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung zum Beispiel seit Jahrzehnten für einen aufgeklärten und mündigen Umgang aller Nutzerinnen und Nutzern mit Medien; die konkreten Bildungsangebote nutzen indes eher bildungsnahe ältere Menschen. Den Bildungskonzepten mangelt es daran, gezielt bildungsferne Menschen zu adressieren und die Vielfalt des Alters einzubeziehen.

Ältere wollen mitgestalten! Gerade in Zeiten der Krise und der Transformation gilt es deutlich zu machen, dass Ältere den dynamischen Entwicklungen der Mediatisierung und Datafizierung nicht ausgeliefert sind, sondern dass sie diese entscheidend mitgestalten können und müssen. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Migrationsbiografien. *Politische Medienkompetenz* ist eine entscheidende Voraussetzung für eine solidarische Mitgestaltung unserer Gesellschaft. Sie befähigt zum Dialog, zur Verständigung und zur Kooperation und ist nicht zuletzt dort gefordert, wo sich gesellschaftliche Streitfragen an vermeintlich unterschiedlichen Werteorientierungen der Generationen – auch im Umgang mit Medien – entzünden. Politische Medienkompetenz beinhaltet die Fähigkeit, sich konstruktiv sowohl mit unvertrauten Medientechniken als auch mit anderen Perspektiven und Lebensorientierungen auseinanderzusetzen.

Der Fachbeirat schlägt Alarm: Aktuell signalisieren die zunehmend zutage tretenden Schattenseiten der Zivilgesellschaft dringenden Handlungsbedarf: Hervorgehoben seien hier Bestrebungen, gesellschaftlichen Missständen mit der Verbreitung verschwörungstheoretischer, oftmals durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gekennzeichneten Ursachenzuschreibungen zu begegnen und damit Spaltungsprozesse in unserer Gesellschaft voranzutreiben. Angesichts der Bedrohung durch „Fake News“ und „Hate Speech“ besteht ein erhöhter Bedarf an Medien- und demokratischer Handlungskompetenz.

Fachbeirat DigiBäM, Oktober 2023

Der Fachbeirat Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen will Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie digitale Souveränität älterer Menschen fördern.

Er wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) e.V. stellt die Geschäftsstelle für den Fachbeirat.

www.digitalisierung-und-bildung-fuer-aeltere-menschen.de

Gefördert vom

